

Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbblatt und Anzeiger).

Telegraphen-Adresse
"Tageblatt", Riesa.

Amtsblatt

Verlagspreis
Nr. 20.

der Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, des Königl. Amtsgerichts und des Stadtraths zu Riesa

Nr. 166.

Mittwoch, 21. Juli 1897, Abends.

50. Jahrg

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag Abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Vierteljährlicher Bezugspreis bei Abholung in den Expeditionen in Riesa und Straßla oder durch den Träger (incl. des Post 1 Mark 50 Pfg., bei Abholung am Schalter der k. Postanstalten 1 Mark 25 Pfg., durch den Briefträger incl. des Post 1 Mark 50 Pfg. Anzeigen-Annahme für die Raumzahl 1 ct. Ausgabebetrag bis Vormittag 9 Uhr ohne Gewähr.

Druck und Verlag von Sanger & Winterlich in Riesa. — Geschäftsstelle Rantzenstraße 59. — Für die Redaction verantwortlich: Hermann Schmidt in Riesa.

Tagesgeschichte.

Zu der Eingabe des Bundes der Landwirthe an den Reichskanzler, betreffend ein sofortiges Einfuhrverbot gegen ausländisches Brodgetreide zunächst für die Dauer von sechs Monaten, mit der Bedingung, daß das Verbot außer Wirkung tritt, sobald der Preis für das inländische Getreide eine zu bestimmende mäßige Höhe erreicht hat, bemerkten die „Hamb. Nachr.“: „Die ministeriellen Adressaten werden zu prüfen haben, ob der Ertrag des verlangten Einfuhrverbots ohne Bruch der Handelsverträge möglich ist, und wenn ja, ob Deutschland den dann zu erwartenden Zollkrieg mit Nutzen für sich führen kann. Wir selbst möchten eines Urtheiles über diese Frage einstweilen noch enthalten. Im Prinzip aber sind wir der Ansicht, daß die Regierung sich der sorgfältigsten Prüfung aller Vorschläge, die von der Landwirtschaft selbst ausgehen und die Hebung ihrer Prosperität zum Zwecke haben, nicht entschlagen kann. Das entgegengelegte Verhalten würde mit der von uns vorausgesetzten Tendenz der Regierung, zu jeder Förderung der Landwirtschaft, welche die einmal geschlossenen Handelsverträge nur gestatten, bereitwillig mitzuwirken, im Widerspruch stehen. Wenn diese Tendenz Glauben finden soll, so darf die Regierung sich der Erörterung von Eingaben, die auf dieses Ziel gerichtet sind, nicht entziehen. Ob die jetzige Forderung durchführbar ist oder nicht, lassen wir, wie gesagt, dahin gestellt sein, aber eine Regierung, die der Landwirtschaft ehrliebe Sympathien entgegenbringt, wird allen Vorschlägen, die aus den Kreisen der Landwirtschaft stammen und dort Zustimmung finden, auch dann näher zu treten haben, wenn sie ihr prima facie unannehmbar erscheinen sollten. Wir beabsichtigen nicht, mit diesen Bemerkungen irgendwie Stellung zu der jüdischen Eingabe zu nehmen, wir möchten nur dazu beitragen, daß die Regierung sich jedes auf Verbesserung der Lage der Landwirtschaft gerichteten Antrages mit Wohlwollen annimmt und dadurch auf die theilhaftigen Interessenten beruhigend einwirkt. Was uns dabei leitet, sind lediglich Erwägungen allgemeiner politischer Natur, die in der Ueberzeugung wurzeln, daß ohne dauerhafte Zufriedenstellung der landwirtschaftlichen Bevölkerung in Preußen und im Reiche kein Frieden und kein erfolgreiches Zusammengehen aller staatsverhaltenden Parteien gegen die Sozialdemokratie möglich ist.“

Es ist eine Eigenthümlichkeit der englischen Politik, daß sie zuweilen das Licht der Öffentlichkeit nicht verdrängt und daß sie nicht gedeihen kann, als im Verborgenen. Die englische Diplomatie wendet daher seit lange, sobald sie einen Schlag plant, den oft erprobten Kunstgriff an, die Aufmerksamkeit der europäischen Mächte durch Unruhen, die „ganz zufällig“ in irgend einem abgelegenen Winkel entstehen, von dem eigentlichen Feld ihrer Thätigkeit abzulenken. Allmählich ist dieser Schachzug nun aber auch den harmlosesten Seelen bekannt geworden und Niemand zweifelt daran, daß außer den neuen Plänen der Herren Rhodes und Jameson gegen die Südafrikanische Republik auch wieder Maschinenkasten gegen das portugiesische Ostafrika im Werke sind. Die jüngste Meldung Londoner Blätter, daß ein deutsch-portugiesisches Syndikat demnächst eine Charter für die Delagoa-Bai erhalten werde, ist nichts als der Versuch, durch Denunziation Anderer die öffentliche Aufmerksamkeit von dem eigenen Thun und Treiben abzulenken. Es hieß, eine Delagoa-Konferenz werde demnächst in London zusammenzutreten; sie werde rein privaten Charakter haben, von englischen und portugiesischen Delegirten besucht werden und eine durchgreifende Regelung der englischen und portugiesischen Ostafrika-Interessen anstreben. Welcher Art diese Interessen auf englischer Seite sind, ist bekannt, und es kann keinem Zweifel unterliegen, daß in Wahrheit die Spitze der angeländigten Konferenz gegen Deutschland sich richten würde, das nun einmal um jeden Preis aus seiner Stellung in der Delagoa-Bai hinausmanövriert werden soll. Das Manöver wird in diesem Fall aber sicher keinen Erfolg haben, denn gerade in Ostafrika ist die englische Politik schon zu oft entlarvt.

Deutsches Reich. Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht eine von dem Leibarzt des Kaisers Prof. Dr. Leuthold gezeichnete Mittheilung, welche lautet: Die heute früh von dem Herzog Karl Theodor von Bayern vorgenommene Untersuchung des Auges des Kaisers hatte ein durchaus befriedigendes Ergebnis. Das Sehvermögen ist in keiner Weise gestört;

nur bestehen noch leichte Reizerscheinungen, weshalb der Kaiser noch einige Zeit sich Schonung auferlegen muß. Der Kaiser wird die norwegische Reise fortsetzen. Der Herzog Karl Theodor wird die Rückreise demnächst über Göteborg antreten.

Der deutsche Consul Anton in Kairo ist nach dem „Egypt. Cour.“ plötzlich zur vorübergehenden Dienstleistung im Auswärtigen Amte nach Berlin berufen worden und wird Egypten bereits in der nächsten Woche verlassen. Die Geschäfte des Consulates werden in der Zwischenzeit vom Viceconsul Regierungskassierer Breiter geleitet werden, der zwei Jahre lang auf dem Auswärtigen Amte in Berlin und vorher ebenfalls zwei Jahre bei der königlichen Regierung in Potsdam beschäftigt war und erst vor Kurzem in Kairo eingetroffen ist.

Kas Greig schreibt man: Fortgesetzt kommen in unserem Lande Forderungen vor, die den deutsch-national gesinnten und größeren Theil der Bevölkerung von Rußland in berechtigter Aufregung versetzen. Wenn man den Ursachen nachspürt, stößt man gewöhnlich auf heuchlerische Liebedienerei auf feiles Kriecher- und Strebertum. Daraus ist es auch zu erklären, daß gelegentlich der Vorbereitung zum Sitzungsfest eines Gefangenen in einem Dorfe, auf Andringen einiger Mitglieder der Kaiserbilder aus dem Saale entfernt werden mußten. Die man vermutet und zu wünschen berechtigt ist, werden die fürstlichen Behörden diese Angelegenheit untersuchen und im Ermessungsfalle wegen Majestätsbeleidigung vorgehen. Den deutschgesinnten Kreisen ist von jener augenblinderen Minderheit schon soviel Kergerniß bereitet, sie sind in ihren heiligsten Gefühlen für das theure, große Vaterland so oft gekränkt und verletzt worden, daß Gebuld und Toleranz dem Ende zuneigen. Gerade diese Kreise haben bei jeder Gelegenheit eine verächtliche Haltung gezeigt, ihre Achtung vor Gesetz und Landesherren betätigt und sind bereit gewesen, an der Feier zur Ehrung des tapferen Ahnherrn unseres Fürstenthums, Heinrich VI., kräftig theilzunehmen, welcher vor 200 Jahren die Entscheidung in der heißen Tarnschlacht bei Jena, an der Spitze der sächsischen und brandenburgischen Truppen herbeischickte und den erhaltenden schweren Verwundungen erlag. Dieses neueste Vorkommniß dient nicht dazu, zur Theilnahme an einer solchen Festfeier zu reizen.

Eine Besteuerung des Fahrrades plant das bayerische Finanzministerium. Man berechnet für Bayern 50000 Fahrräder und will eine Steuer von 20 M. für Rad und Jahr erheben, was eine jährliche Steuersumme von 1 Mill. Mark ausmachen würde. Damen sollen den doppelten Straßenzahl zahlen, während Arbeiter und Geschäftsleute eine Ermäßigung genießen, wenn nicht ganz befreit werden sollen. Die Steuererhebung soll zur Verbesserung und Erhaltung der Distriktsstraßen verwendet werden, was indirekt wiederum den Radfahrern zu Gute komme. Die Mehrheit der bayerischen Kammer soll dem Plane geneigt sein. — In Preußen soll an maßgebender Stelle von Neuem erwogen werden, den Zoll auf amerikanische Fahrräder zu erhöhen. Wie kürzlich im Abgeordnetenhaus vom Finanzminister erklärt worden ist, konnte bei einer früheren Besprechung unter den beteiligten Ressortministern eine Einigung nicht erzielt werden. Der jetzige Zoll beträgt 8 Mark für das Rad, während die Vereinigten Staaten einen Zoll von 25 Dollars für das Rad erheben. Nachdem neuerdings in England ein erheblicher Preisrückgang infolge von Ueberproduktion und Ueberlieferung billiger amerikanischer Räder zu verzeichnen ist, wird jetzt auch in Deutschland ein erhöhter Import von in England unerschwinglichen Rädern erwartet. Aus den Kreisen der Radindustrie wird ein Schutzzoll von 50 Mark für das Rad als wünschenswert bezeichnet.

Das Befinden des Fürsten Bismarck ist fortgesetzt ein sehr gutes. Der Fürst macht täglich Ausfahrten, bei denen er von vielen Freunden erwartet wird. Allgemein fällt das frische und gesunde Aussehen des Fürsten auf. Graf Heribert Bismarck mit seiner Familie wird zu längerem Aufenthalt in Friedrichsruh erwartet.

Wie dem „Berl. Lokalanz.“ aus Rassel gemeldet wird, erwartet man außer der Kaiserin, den jüngeren Prinzen und der Prinzessin auf Schloß Wilhelmshöhe im August auch den Kaiser, welcher sich später von Wilhelmshöhe nach Bad Nauheim zum Kaisermandöver begibt.

Der „Kön. Bzg.“ zufolge wurde beim Besuch des bayerischen Prinzregenten bei der deutschen Kaiserin in Tegernsee verabredet, den geplanten Gegendesuch in München

zu unterlassen, da der Aufenthalt der Kaiserin in Tegernsee knapp bemessen und andererseits die beginnende Jagdzeit den Regenten in diesem Jahre wiederum in's Gedächtnis rief.

Die Frankfurter Zeitung schreibt: Auf Ansuchen des Kasseler Generalcommandos soll gegen den verantwortlichen Redacteur der Frankfurter Zeitung Alexander Giesen das Foltermittel des Zeugnisszwangs angewandt werden, um den Urheber einer Einsendung zu ermitteln, die Ausschlag über die von den Soldaten verlangten körperlichen Anstrengungen an jenem Unglückstage gab, an welchem der einjährige Einmann auf dem Uebungsmarsche bei Frankfurt dem Hirschlage zum Opfer fiel. Es ist ein Ermittlungsverfahren gegen Unbekannt eingeleitet, das sich darauf stützt, es seien militärische Interna mitgeteilt und als deren Quelle ein Reservist-Untersoffizier ausdrücklich angegeben. Zur Illustration dessen sei festgestellt, daß weder eine unrichtige, noch eine irgendwie beleidigende Mittheilung vorliegt, sondern es hat sich um objective Berichte unbestreitbarer Thatfachen gehandelt. Diese Thatfachen waren auch nicht etwa ein militärisches Geheimniß, sondern einem größeren Kreise von Personen bekannt. Und trotzdem geht man hier vor wegen unbefugter Mittheilung militärischer Interna, und die Militärbehörde nimmt dabei sogar keinen Anstand, dem Zeitungredacteur zuzumuthen, daß er ihr den Namen seines Gewährsmannes unter Bruch der Discretion preisgibt! ... Wir erheben entschieden Protest gegen diese Auffassung, die in schreiendstem Widerspruch zu dem Grundgedanken der allgemeinen Wehrpflicht steht. Wir haben hier ein Vorgehen gegen die öffentliche Kritik vor uns, dazu bestimmt, sie auf Umwegen zu unterdrücken, wo man ihr direct nichts anhaben kann, und gegen sie bei der Vertretung der wichtigsten öffentlichen Interessen auf dem Umwege des Zeugnisszwangs mit Strafen vorzugehen, die man sonst von Gesetzes wegen nicht verhängen kann.

Frankreich. „Leclair“ schreibt, die orientalischen Ereignisse hätten das französisch-russische Bündniß auf die Probe gestellt. Die Gegner beider Länder hätten gehofft, daß die Uneinigkeit, die sie während des Krieges und der Friedensverhandlungen hervorgerufen hatten, das Einvernehmen zwischen Frankreich und Rußland, wenn nicht zerstören, so doch in bedeutendem Maße lockern würde. Dank der Vorsicht und der Mäßigung, die man in Petersburg und in Paris gezeigt habe, seien diese Hoffnungen getäuscht worden. Die russischen Blätter stellen mit Genugthuung fest, daß die öffentliche Meinung in ihrem Lande wie in Frankreich dem Einvernehmen günstig ist. Das Pariser Blatt fährt dann folgende Ausführungen der „Moskauer Zeitung“ an: „Der Plan der Reise des Herrn Felix Faure nach Rußland wird auch den letzten Schatten der Schwierigkeiten verschauen, die wegen der orientalischen Ereignisse entstanden waren, und wird der Ausgangspunkt einer wenn möglich noch engeren Verbindung zwischen Frankreich und Rußland sein.“

Spanien. Briefliche Nachrichten von den Philippinen stellen die dortigen Zustände durchaus nicht so rosig dar, als sie die amtlichen Drahtmeldungen erscheinen lassen. Man muß wohl berücksichtigen, daß sie einige Zeit hinter diesen zurückdatiren, aber wenige Wochen werden kaum eine durchgreifende Wandlung herbeiführen haben. Erfreulicher Weise ist daraus zu entnehmen, daß der neue Gouverneur, Primo de Rivera durchaus nicht auf den Spuren seines Vorgängers, des Pfaffenmechts Polavieja, wandelt. Die Beziehungen zwischen der Regierung und den Mönchsorden sind äußerst gespannt, auch mit der grausamen Unterdrückung politisch scheint gekrochen zu sein und rechtswidrig eingezogene Güter sind ihren Eigenthümern, soweit sie noch am Leben sind, zurückgegeben worden. Aber die ökonomische Lage des Landes ist äußerst traurig, der Wechsellkurs ist erschreckend gestiegen und neulich angelommene Pefoskide (= 4 Mark) werden nur zu 60 v. H. ihres Nennwertthes angenommen. Censur und schwarzes Kabinett walten wie zur schlimmsten Zeit. Man öffnet Briefe und Pakete ohne das mindeste Bedenken, Proteste werden nicht angenommen. Neuester streng wird die Censur über die örtliche Presse und Drahtmeldungen gehandhabt, spanische Oppositionsblätter wie „Zemparcial“ und „Heraldo“ verbietet man in den meisten Fällen. — Diese Nachrichten mögen ja theilweise dem Uebelwollen der Mönche entstammen, man wird aber doch gut thun, die optimistischen amtlichen Meldungen, welche vielleicht nur das Geilgen der am Donnerstag ausgelegten Philippinen-Kalende erleichtern sollen, mit Vorsicht aufzunehmen.